

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. Drei Haus, bei Goldbestellung 1,50 RM. zusätzlich beifügt. Einzelnummern 10 Pf. Die Verkaufsstellen sind in allen Orten, wo es einen Postamt gibt, zu haben. In den Orten, wo es keinen Postamt gibt, sind die Verkaufsstellen durch den Postamt zu ermitteln. Die Abnahme der Zeitung oder Kündigung des Bezugspreises, Abänderung eingetragener Geschäftsbedingungen erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Wagnispreis: die 8-spaltige Raumseite 20 Rpf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichsmark. Die 3-spaltige Reklameseite im letzten Teil 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichsmark. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben über, wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Bezug durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 16 — 92. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postkod.: Dresden 2640 Donnerstag, den 19. Januar 1933

Kommunalschulden und Hauszinssteuer.

Die finanzielle Not vieler, vielleicht der meisten Gemeinden steigt immer höher; in zahlreichen Kommunen überschreiten die Wohlfahrtsausgaben 70 Prozent der Einnahmen. Dazu kommt eine Schuldenlast, die an sich schon so groß ist, daß sie heute schon in einer langen Reihe von Fällen zur „Insolvenzerklärung“ und zu Verhandlungen mit den Gläubigern zwingt; aber das ist an diesen Schulden noch nicht das Schlimmste. Die Hauptsache und -last ist vielmehr darin zu sehen, daß diese Schulden zum großen, vielleicht überwiegenden Teil kurzfristig und hochverzinslich sind. Langfristige Auslandskredite gibt es schon längst nicht mehr, und man versucht daher schon seit einiger Zeit, auf irgendeinem Wege eine „Umschuldung“ dieser kurzfristigen in längerfristige zu erreichen, kommt damit aber nur sehr langsam vorwärts. Auf die früher so beliebte Mißhilfe der Spartassen dürfen die Kommunen aber seit dem September 1931 nicht mehr rechnen, da eine Notverordnung die Spartassen im Interesse ihrer Liquidität zu einer scharfen Begrenzung der Kredite an die Kommunen gezwungen hat.

Nun hat kürzlich der Reichsfinanzminister zwar geradezu erschütternde Mitteilungen über die gegenwärtige, ständig sich steigende Finanznot der Gemeinden gemacht, läßt sich aber anfangs nicht entschließen, daß man für die dringend gebotene Umschuldung der Kommunen einen neuen Weg bereiten wolle. Die Beratungen hierüber sind auch in Gang gekommen, und nun hört man von einem eigenartigen Plan: Um die Umschuldung zu bewerkstelligen, sollen „Hauszinssteuerhypotheken“ die Grundlage dafür abgeben.

Man scheint sich die Sache etwa folgendermaßen zu denken: Das Soll der Hauszinssteuer für 1932 wird nun kapitalisiert, und zwar zum vielleicht vierfachen jenes Sollbetrages des dieser Steuer unterliegenden Hauses. Ist dieser Sollbetrag z. B. 3000 Mark, so würde sich eine Kapitalsumme von 12000 Mark ergeben. Und diese Summe nun, also die „kapitalisierte Hauszinssteuer“, soll, wie es heißt, als erste Hypothek auf das betreffende Grundstück eingetragen werden; der Besitzer hat dann alljährlich die Zinsen zuzüglich der Amortisation zu bezahlen. Diese Hypotheken fließen dann in einem noch zu gründenden Bankinstitut zusammen, das nun Pfandbriefe ausgibt, und zwar an die Gläubiger der betreffenden Kommune. Durch jene erstellten Hypotheken sind diese Pfandbriefe gedeckt und der Gläubiger kann nun zu barem Geld dadurch kommen, daß er die Pfandbriefe entweder verkauft oder sie sich beleihen läßt.

Zunächst interessiert dieser Plan vom Standpunkt der Hauswirte bzw. der Mieter aus, die ja bisher die Hauszinssteuer zu bezahlen haben. Vorher sei noch bemerkt, daß diese beabsichtigten „Hauszinssteuerhypotheken“ natürlich gar nichts mit jenen Hypotheken gleichen Namens zu tun haben, die aus den Mitteln der Hauszinssteuererträge gegeben wurden und werden! Also: Wie lange soll die Hauszinssteuer grundsätzlich überhaupt noch am Leben bleiben? Sie soll jährlich etwa 1,2 Milliarden bringen und somit würde sich durch ihre Kapitalisierung eine neue Verschuldungsschuld von etwa 5 Milliarden ergeben, die von den Hausbesitzern mit 500 bis 550 Millionen verzinst und getilgt werden müßte. Nun soll ja bis 1940 — härtesten Fallsicherungen zufolge — die Hauszinssteuer abgebaut werden, deren Erträge ja den Ländern und Gemeinden heute zu mehr als der Hälfte für Zwecke ihrer allgemeinen Finanzverwaltung und nicht für bauwirtschaftliche Zwecke dienen. Wird also der Plan verwirklicht, so bringen die Hausbesitzer und Mieter zwar jährlich eine weit geringere Summe für die Verzinsung der neuen Hypotheken auf, aber — für eine sehr viel längere Zeit! Selbstverständlich würde nach wie vor — wenn auch in entsprechend geringerer Höhe — ein „Hauszinssteuer-Zuschlag“ auf den Mietzinsen bleiben, aber rechtlich müßte die Verzinsung dieser neuen Hypothek ebenso erfolgen wie die jeder anderen, sogar vor jeder anderen Hypothek, die auf dem Grundstück liegt.

Wird der Plan durchgeführt, dann erhalten die Gemeinden zwar keine Hauszinssteuer mehr, aber — sie sind auch ihre kurzfristigen Schulden los, die heute etwa 1,8 Milliarden ausmachen. Das Ganze ist aber außerdem nichts anderes als eine Zwangsanleihe, weil die Kommunen selbst eben nur noch Schulden, aber keinen Kredit mehr haben. Und schließlich ergeben sich noch eine ganze Anzahl von Nebenfragen gegen diesen Plan auf der Gläubigerseite selbst, die neue Pfandbriefe erhalten sollen. Sicher wie es mit deren Kurs bestellt sein würde, ist eine geradezu nachdenkliche, aber doch gerade die entscheidende Frage!

Wirtschaftspartei im Wahlkreis VII (Dresden) aufgestellt. Dresden. Auf einer in Dresden stattgefundenen Vorstandssitzung der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) wurde in Anwesenheit des Parteiführers Dr. Schmidt einleitend beschlossen, die Partei im Wahlkreis VII (Dresden) aufzulösen.

Für ein freies, starkes Deutsches Reich!

Eine Ansprache Dr. Bracht zum Reichsgründungstag.

Im Rahmen einer vom Berliner Rundfunk veranstalteten Feier zum Reichsgründungstag hielt der Reichsinnenminister Dr. Bracht eine Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Vor 62 Jahren ist dem deutschen Volke das Reich wiedergegeben worden, nach dem es sich jahrzehntelang in allen seinen Schichten gesehnt hatte. Es ist ihm wiedergegeben, nicht als das Ergebnis von Reden und Verhandlungen. Der harte Griff des großen, langsam von der Legende schon umhüllten Staatsmannes Bismarck fügte die deutschen Stämme zusammen, deren Blut in drei Kriegen dem großen Vaterlande zum Opfer gebracht worden war. Der starke wehrhafte Staat, unter dessen Schutz das deutsche Volk seinen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg erlebte, brach mit dem Kriegsende zusammen. Uns war nichts geblieben als das Reich. An dem Gedenktage der Reichsgründung wollen wir deshalb in Dankbarkeit auch der Tatsache gedenken, daß in den Tagen des Zusammenbruchs, in denen das Werk Bismarcks in der höchsten Gefahr war und das Reich auseinanderzufallen drohte, der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der verstorbene Reichspräsident Friedrich Ebert — über alle Gegensätze und Vorurteile hinweg — den Mut zu dem Beschlusse fanden:

Wir sind ein Volk

— und damit ihrem Volk das Reich gerettet haben.

Dr. Bracht, der dann die drei Grundgedanken der Bismarckschen Reichsverfassung: Den Einheitsgedanken der deutschen Stämme, die Mitwirkung des Volkswillens bei der Willensbildung des Reiches und den geeinten Willen des Gesamtvolkes und des bundesstaatlich gegliederten Volkes für die Gegenwart und Zukunft der Nation als unerlässliche Voraussetzungen unruhmlos hatte, sprach dann fort:

Die Politik Bismarcks vor und nach der Reichsgründung

zeigt einen ständigen Zusammenhang zwischen der großen nationalpolitischen Zielsetzung und dem Bemühen, alle Schichten des Volkes an dieses Ziel heranzuführen. Der Schöpfer des Reiches suchte sein Werk nach außen und innen zu sichern. Er sah diese Sicherung in einer starken Staatsautorität. Diesem Ziel hat er alle Einzelmaßnahmen untergeordnet. Um dieses Ziel hat er seine schweren Kämpfe mit den Parteien durchgeföhrt. Aber niemals hat ihn der Gedanke

verlassen, daß das Reich nur Bestand haben kann, wenn in ihm die lebendigen Kräfte des Volkes wirken.

Die Verfassung von Weimar,

die nach dem Zusammenbruch an Stelle der alten Bismarckschen Verfassung trat, hat dem Volk, das im Kriege in allen seinen Stämmen und Schichten seine Reichstreue bewiesen hat, souveräne Rechte gegeben. Wir stehen gegenwärtig unter dem Eindruck des Versagens dieser Verfassung.

Die Rechte, die dem Volke gegeben wurden, damit es auf dem Wege über das Parlament seinen Willen beim Neubau des Reiches zur Geltung bringe, sind von Parteien mißbraucht worden. Durch die Parteien ist der Wille des Volkes bei der Durchführung staatlicher Aufgaben ausgegallert worden, weil sie in den formalen Bestimmungen der Verfassung ausschließlich die negativen Möglichkeiten und eine taktische Waffe zur Durchführung parteipolitischer Ziele sehen.

Eine Verfassung soll das Mittel zur positiven Einordnung des Volkswillens in den staatlichen Aufbau sein — aber nicht Mittel für Parteizwecke.

Den Weg nach besseren Formen zu suchen, bleibt ständige Pflicht aller berufenen Organe des Staates. Aber die Erinnerung an das Werk Bismarcks soll uns auch wieder mahnen, daß die Konstruktion eines neuen Gebäudes, in dem sich Reich und Länder, Staatsführung und Volk einrichten sollen, nur dann Bestand haben kann, wenn es auf festen Pfeilern gegründet ist.

Wir müssen lernen, auch in die einzelnen Aufgaben der Gegenwart den Willen zu einem nationalpolitischen Ziel zu pflanzen. Dieses Ziel kann nicht in der Rückkehr zur alten monarchistischen Verfassung liegen. Es bildet sich aus dem Zukunftswillen des deutschen Volkes und aus dem Sehnen, das Jahrhundert deutscher Geschichte durchlebt. Dieses Ziel ist das Reich.

Der Einsatz der Jugend im Arbeitslager, die große Aufgabe der Siedlung, die Werke gegenseitiger Hilfsbereitschaft, alle diese Aufgaben, die sich der Staat, Verbände und Berufsstände gestellt haben, gehen in ihrer Bedeutung über ihren eigentlichen Zweck hinaus. Sie sollen helfen, den Willen des Volkes zu einem gemeinsamen Aufbauwillen zu formen, der wieder stark genug wird, das Gebäude des Staates zu tragen.

Im Geiste dieser Aufgabe der Gegenwart rufe ich die Deutschen in allen Landeshöfen auf, am Van des Werkes der deutschen Stämme mitzuhelfen: dem freien starken Deutschen Reich!

Konflikt mit dem Reichstag unvermeidlich?

Neue politische Besprechungen.

Papen-Hitler, — Hitler-Schleicher.

Die Verhandlungen zur Klärung der innenpolitischen Lage sind am Mittwoch fortgesetzt worden. So wird bekannt, daß eine neue Zusammenkunft zwischen dem ehemaligen Reichskanzler von Papen und Hitler stattgefunden hat, der sich am Mittwoch in Frankfurt a. d. O. aufhielt, abends aber wieder nach Berlin zurückkehrte. Weiter wurde in parlamentarischen Kreisen davon gesprochen, daß für Mittwochabend eine Unterredung zwischen Hitler und Reichskanzler von Schleicher vorgesehen gewesen sei. Jedenfalls waren einflussreiche politische Kräfte am Werk, um eine Zusammenkunft zwischen Schleicher und Hitler zustande zu bringen, da keiner von beiden bisher die Meinung hatte, den ersten Schritt zu einer solchen Unterredung zu tun.

Bei der Aussprache zwischen Schleicher und Hitler dürfte vor allen Dingen die Frage geklärt werden, welche Haltung die Nationalsozialisten gegenüber dem Kabinett Schleicher bei dem kommenden Zusammentritt des Reichstages einnehmen werden. Man hält es übrigens in parlamentarischen Kreisen für nicht ausgeschlossen, daß die Sitzung des Ministerrates des Reichstages, die am 20. Januar stattfinden soll, nochmals verschoben werden würde, wenn etwa dadurch die Möglichkeit bestände, eine Einigung zwischen Reichsregierung und einer Mehrheit des Reichstages zustande zu bringen. Allerdings ist diese Möglichkeit sehr gering.

Die neue Begegnung Hitler-Papen.

Die neue Begegnung Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen fand angeblich in der Dienstwohnung des Landtagspräsidenten Kerrl in Berlin statt. An der Besprechung nahmen auch Rube, Göring, Thyssen und einige andere Persönlichkeiten der Wirtschaft teil.

Ein Stimmungsbild aus der Reichshauptstadt.

Zu gut unterrichteten Berliner Kreisen herrscht allgemein der Eindruck, daß die Ereignisse auf einen Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichstag zureifen. Dies wird vor allem daraus zurückgeführt, daß an die Möglichkeit einer Unterredung zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und Hitler nicht mehr geglaubt wird. Man ist auch nicht mehr der Meinung, daß Hitler zu einer Besprechung mit Schleicher bereit wäre. Die bisherigen Vermittlungsdaktionen, die, wie berichtet wird, übrigens ohne jede Initiative des Reichskanzlers stattfanden, hätten jedenfalls bisher zu nichts geführt. Was die Unterredung Dr. Hugenberg mit Hitler angeht, so kann hinzugefügt werden, daß diese nicht einer Vermittlung im Sinne der akuten Frage des Verhältnisses zwischen Reichstag und Reichsregierung von Schleicher gegolten hat. Dagegen dürfte eine Unterredung zwischen Hitler und von Papen, die man doch stattgefunden haben soll, dem Bemühen gegolten haben, eine Unterredung Hitler-Schleicher zustandezubringen. Da eine Anmeldung von Papens beim Reichskanzler aber nicht vorliegt, nimmt man an, daß die Bemühungen Papens gescheitert sind.

Während es an unterrichteter Stelle noch vor wenigen Tagen hieß, daß die Reichsregierung in einer Zustimmung der Nationalsozialisten zu einer zweimonatigen Vertagung des Reichstages eine Tolerierung der Regierung betrachten würde, kann heute gesagt werden, daß unter den abwaltenden Umständen diese Meinung kaum noch weiter aufrechterhalten wird. Es ver lautet weiter, daß die Regierung es nicht zu einem geschäftsführenden Kabinett kommen lassen will, das heißt also, daß sie für den Fall eines drohenden Misstrauensvotums voraussichtlich vorher zur Auflösung schreiten dürfte. Als Zeitpunkt für die Neuwahl wurde am Mittwoch abend mit ziemlicher Bestimmtheit der 19. Februar genannt.